

Ausschuß für Innere Verwaltung
16. Sitzung

06.11.1986
hz-mm

zeitige Aussonderung vorsehen. - Die bei der Polizei eingesetzten Zivilfahrzeuge befänden sich gleichfalls in einem unwürdigen Zustand. Die rechtzeitige Anschaffung neuer Fahrzeuge würde geringere Kosten verursachen.

In Beantwortung der Fragen auch von Frau Abg. Larisika-Ulmke zu den Bautiteln legt Ministerialrat Grafe (Innenministerium) dar, es frage sich stets, ob die Ansätze bei Bauten im Haushalt noch zeitgerecht seien. Eine Rücksprache mit der Staatshochbauverwaltung habe ergeben, daß eine Änderung nicht möglich sei. Die Bauansätze seien nach bestem Wissen und Gewissen bemessen worden. Einige dieser Ansätze seien freilich mit Sicherheit zu niedrig. - Zu Tit. 747 00 - Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der BPA VII, Stukenbrock - bemerkt der Referent, die Planung für ein Unterrichtsgebäude sei schon weit fortgeschritten. Der Rahmen von 51 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1987 habe es nicht zugelassen, diese bisher nicht begonnene Maßnahme stärker zu dotieren.

Abg. Paus (CDU) wünscht zu erfahren, ob von den bei anderen Bauvorhaben nicht abfließenden Resten im Sinne des Vermerks bei Tit. 778 00 nicht für das Projekt in Stukenbrock ein bestimmter Betrag abgezweigt werden könnte. - Hierfür sieht MR Grafe eine Chance, vor allem deshalb, weil es sich um Reste im gesamten Landeshaushalt handle.

Bei Tit. 717 00 (Landeskriminalamt) seien nur Mittel veranschlagt, die für die Fertigstellung des Rechenzentrums und die damit verbundenen Folgemaßnahmen benötigt würden. Weitere Maßnahmen für das LKA seien weder beabsichtigt noch möglich. Es treffe zu, daß das Landeskriminalamt an der Völklinger Straße nicht ausreichend untergebracht sei. Teile der Dienststelle befänden sich in angemieteten Räumen im Stadtgebiet usw., etwa auf der Tannenstraße. Eine Baumaßnahme für das LKA könne erst in Angriff genommen werden, wenn andere Bauvorhaben abgeschlossen seien. Im Landeshaushalt seien für die Polizei 35 Bautitel vorhanden, wofür mehr als 460 Millionen DM benötigt würden. Blieben die diesjährigen Mittelzuweisungen von 51 Millionen DM bestehen, wären zur Durchführung der begonnenen Maßnahmen noch neun Jahre erforderlich. Eine kurzfristige Lösung für das LKA lasse sich somit gewiß nicht finden. Es solle aber sobald wie möglich etwas unternommen werden.

Die Frage des Abg. Paus (CDU), ob das bei einem Bezug des neuen Landtagsgebäudes frei werdende Haus an der Elisabethstraße für die Polizei genutzt werden könnte, vermag MR Grafe nicht zu beantworten; möglicherweise bestehe hierfür seitens des Finanzministers schon eine andere Verwendungsabsicht. Zudem müßte in der Elisa-

Ausschuß für Innere Verwaltung
16. Sitzung

06.11.1986
hz-mm

bethstraße sehr viel umgebaut werden, um die Räumlichkeiten für das Landeskriminalamt verfügbar zu machen. Eine zentrale Unterbringung des LKA verdiene auf längere Sicht unbedingt den Vorzug.

Die Landeskriminalschule habe keinen eigenen Bautitel. Bauliche Mängel bei der Schule würden über den Bauunterhaltungsfonds in Einzelplan 14 abgestellt. Für das gesamte Gelände der Tannenstraße stünden Neuordnungsüberlegungen an. So werde erwogen, die Landeskriminalschule an der Völklinger Straße unterzubringen - im Zusammenhang mit Erweiterungsbauten für das LKA. Das seien aber keine kurzfristigen Planungen. -

Zu dem von Abg. Mietz erwähnten Tit. 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen - geht Polizeidirektor Lütze auf den Truppentransportwagen "Ford Transit" ein. Für die Einsatzhundertschaften würden neben diesen Fahrzeugen auch VW-Busse eingesetzt. Die Beanstandungen hinsichtlich des Ford Transit seien bekannt. Sie rührten von einer Weiterentwicklung dieses Fahrzeugs her. Bei den Sitzbänken des früheren Transit habe es keine Probleme gegeben. Die neueren Fahrzeuge sähen für jeden Beamten einen Einzelsitz mit Kopfstütze und Sicherheitsgurt vor. Auf den hinteren vier Plätzen des Transit sei der Unterbringungsraum beengt. Insgesamt handle es sich um 56 ausgelieferte Fahrzeuge; weitere Transit dieser Art würden nicht beschafft. Um den Beschwerden abzuwehren, würden den Zügen jeweils vier statt drei Gruppenfahrzeuge zugeteilt, so daß auf längeren Strecken im hinteren Teil der Transit-Busse statt vier nur zwei Beamte zu sitzen brauchten. Diese Zwischenlösung erscheine bis zu einer späteren Ersatzbeschaffung sachgerecht. Neue Transit-Fahrzeuge würden erst erprobt, bevor über eine Anschaffung entschieden werde.

Die Laufzeit der ebenfalls angesprochenen Funkstreifenwagen - VW-Passat - betrage in der Tat bis zu 120 000 km. Auf der Autobahn eingesetzte Fahrzeuge erzielten teilweise Laufleistungen von mehr als 200 000 km. Fahrzeuge würden nur in technisch einwandfreiem Zustand eingesetzt. Die Aussonderungsgrenzen seien Regelwerte, die unterschritten werden könnten, wenn der örtliche Sachbearbeiter entsprechend entscheide. Ersatzfahrzeuge seien vorhanden. Der Auftrag werde bereits Anfang des Jahres erteilt, die Auslieferung erfolge während des ganzen Jahres. Außerdem sei ein Reservebestand bei der Behörde vorhanden, so daß es nicht zu Engpässen kommen könne. - Der Referent fügt hinzu, die Funkstreifenwagen würden ausgesondert, wenn 70 % ihres Neuwerts für Reparaturen ausgegeben seien. Diese langfristige Planung funktioniere im Mittel ausgezeichnet. - Keine weiteren Anmerkungen zu Kap. 03 110.

Ausschuß für Innere Verwaltung
16. Sitzung

06.11.1986
hz-mm

Kap. 03 130 - Polizeiführungsakademie Hilstrup

Tit. 534 00: Pflege von Auslandsbeziehungen

Abg. Paus (CDU) stellt fest, wie zu erfahren, sei die Polizeiführungsakademie eine auch im Ausland sehr geschätzte Einrichtung. Es läge im Sinne des Ausschusses, die Möglichkeiten der Akademie, Kontakte mit dem Ausland zu knüpfen, zu verbessern. Deshalb frage sich, ob der Titelansatz von 12 000 DM hierfür ausreiche oder ob es Bestrebungen gebe, diesen Ansatz anzuheben.

Hierauf trägt MR Dr. Lehne (Innenministerium) vor, die erwähnten Bestrebungen der PFA seien bekannt. Der Innenminister habe sie aufgegriffen und im Haushaltsvoranschlag 1988 eine Erhöhung des Titels sowie einer anderen, mit Studienreisen zusammenhängenden Position vorgeschlagen. Ob sich der Innenminister mit dieser Anregung im Kuratorium der Akademie sowie in der Finanzministerkonferenz durchsetzen werde, bleibe abzuwarten.

Tit. 536 10: Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des Polizeiwesens

Abg. Mietz (CDU) wünscht zu erfahren, was in Anbetracht der neuen Situation auf dem Gebiet der Forschung im Polizeiwesen getan werde. - In diesem Zusammenhang erkundigt sich Abg. Paus (CDU) nach dem vom Ministerium hierzu versprochenen Bericht.

Darauf erwidert Ministerialdirigent Dr. Ruckriegel, bei der Sitzung in der Polizeiführungsakademie sei der Forschungsbereich erörtert worden. Das Ministerium habe dem Ausschuß einen Gesamtbericht über Polizeiforschung mit Hilfe der PFA zugesagt; seine Erstellung sei im Gange. Selbstverständlich finde Forschung an der Akademie statt bzw. werde von ihr begleitet, insbesondere im technischen Bereich. Ein besonderes Vorhaben sei der Versuch, einen Wirkkörperwerfer mit entsprechenden Wirkkörpern als polizeitypisches Einsatzmittel zu entwickeln. Solche Maßnahmen könnten immer noch verstärkt werden.

Kap. 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen

Abg. Reinhard (SPD) erinnert daran, daß der Ausschuß vom Innenministerium gewünscht habe, zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Fachhochschulgesetzes über seine Erfahrungen mit dem Gesetz zu berichten. Offenbar beschäftige man sich im Ministerium zur Zeit mit der Frage, ob das Gesetz der Novellierung bedürfe. Der Bericht sollte dem Ausschuß nach den Etatberatungen zugehen. - Dies sagt StS Dr. Munzert zu.